

PRESSEDIENST

01.09.2017

Neuer Europäischer Tarifbericht des WSI Löhne in Europa steigen real nur sehr langsam – 2017 droht in etlichen Ländern wieder Stagnation oder sogar Rückgang

Obwohl sich das wirtschaftliche Umfeld in Europa weiter verbessert hat, steigen die Löhne in Europa nur langsam. Im vergangenen Jahr legten die realen Effektivlöhne im EU-Schnitt um 1,5 Prozent zu, im laufenden Jahr dürfte der Zuwachs durchschnittlich lediglich 0,4 Prozent betragen. Zu diesem Ergebnis kommt der neue Europäische Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung.* Deutschland liegt mit einem Reallohnzuwachs von 1,9 Prozent 2016 und prognostizierten 0,8 Prozent 2017 zwar über dem europäischen Durchschnitt, angesichts des stabilen Aufschwungs sind die inflationsbereinigten Zuwächse aber auch hier sehr moderat.

Um die Binnennachfrage und das Wachstum zu beleben, wären EU-weit deutlich stärkere Steigerungen notwendig. Auch in Deutschland besteht nach Ansicht der WSI-Forscher Prof. Dr. Thorsten Schulten und Malte Lübker Spielraum für eine stärkere Lohndynamik. Eine Reihe von Ökonomen und internationalen Institutionen sieht das mittlerweile genauso: Eine positive Lohnentwicklung sei entscheidend für die Nachhaltigkeit des Aufschwungs, heißt es von Seiten der Europäischen Kommission. Weitere Lohnsteigerungen würden nicht nur die private Nachfrage stärken, sondern auch zur Normalisierung der Inflationsrate beitragen. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) plädiert seit einiger Zeit offen für höhere Lohnzuwächse.

Aufgrund der aktuell geringen Preissteigerung schlugen sich Nominallohn erhöhungen 2016 fast ungebremst nieder. In diesem Jahr wird die Inflation jedoch aufgrund höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise anziehen – wodurch viele Menschen in Europa inflationsbereinigt kaum mehr in der Tasche haben (siehe auch die Tabelle im Anhang). In Italien, Spanien, Großbritannien, Belgien, Finnland und Zypern müssen die Beschäftigten 2017 sogar mit Reallohnverlusten rechnen, zeigt die neue Analyse, die in der neuen Ausgabe der WSI-Mitteilungen erscheint.

Betrachtet man die Entwicklung der Reallöhne über einen längeren Zeitraum, so zeigt sich: Die Folgen der Eurokrise sind längst noch nicht überwunden. In zehn EU-Staaten liegt das Reallohniveau noch immer unterhalb des Niveaus des Krisenjahrs 2009. Am deutlichsten ist diese Entwicklung in Griechenland, wo die Reallöhne zwischen 2010 und 2017 um fast 23 Prozent gefallen sind, gefolgt von Zypern (-12,8 Prozent), Portugal (-8,6 Prozent), Kroatien (-5,8 Prozent) und Spanien (-5,5

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Anke Hassel
Wissenschaftliche Direktorin WSI
Telefon +49 211 7778-186
Telefax +49 211 7778-4186
anke-hassel@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
Telefax +49 211 7778-4150
rainer-jung@boeckler.de

WSI – Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.wsi.de

Prozent). Lediglich in einigen osteuropäischen Ländern kam es im gleichen Zeitraum zu kräftigen Reallohnzuwächsen, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau. Außerhalb von Osteuropa konnten Schweden (13,7 Prozent) Deutschland (9,8 Prozent), Malta (8 Prozent) und Irland (6,9 Prozent) seit 2010 deutlichere Reallohnzuwächse verzeichnen (siehe auch Grafik 1 im Anhang).

Trotz der Lohnzuwächse in Deutschland blieb die Lohnquote – das heißt der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Volkseinkommen – von 2010 bis 2017 konstant. Die Lohnerhöhungen der letzten Jahre waren also vollständig durch Preis- und Produktivitätssteigerungen gedeckt. Hinzu kommt, dass Deutschland in den 1990er- und 2000er-Jahren einen starken Rückgang der Lohnquote erlebt hat – die Entwicklung des aktuellen Jahrzehntes hat diesen Trend angehalten, aber nicht korrigiert (siehe auch Grafik 2). „Die deutsche Lohnpolitik ist damit weit von einer expansiven Ausrichtung entfernt und steht deshalb nach wie vor in der internationalen Kritik“, schreiben die WSI-Forscher.

Die Tariflöhne in Europa haben sich zuletzt ähnlich entwickelt wie die Effektivlöhne. Besonders deutliche Tariferhöhungen konnten 2016 die Gewerkschaften in Großbritannien (2,5 Prozent), Deutschland (2,4 Prozent) und Schweden (2,3 Prozent) durchsetzen. Zum Teil deutlich niedrigere Tariferhöhungen finden sich in den Niederlanden (1,9 Prozent), Österreich (1,6 Prozent), Spanien (1,1 Prozent) sowie in Italien und Belgien (jeweils 0,6 Prozent). Preisbereinigt fielen die Tariferhöhungen geringer aus: In Deutschland stiegen die realen Tariflöhne 2016 mit 2,0 Prozent am stärksten, während sie in Belgien aufgrund steigender Verbraucherpreise um 1,1 Prozent fielen. Anders als bei den Effektivlöhnen gibt es bei den Tariflöhnen keine einheitliche Datenquelle. Bei einem Vergleich muss daher auf nicht harmonisierte nationale Datensätze zurückgegriffen werden.

Die WSI-Ökonomen werfen die Frage auf, warum die Löhne in Europa so ungewöhnlich langsam steigen. Immerhin weisen die meisten europäischen Länder wieder ein stabiles Wirtschaftswachstum auf und die offiziellen Arbeitslosenraten gehen zurück. Eine mögliche Erklärung: Anders als es die offiziellen Zahlen suggerieren, ist die Lage auf den Arbeitsmärkten in vielen europäischen Ländern nach wie vor angespannt. Zu diesem Schluss kommt auch eine aktuelle Untersuchung der EZB. Demnach werden viele Erwerbssuchende in der Arbeitslosenstatistik nicht erfasst. So werden Teilzeitbeschäftigte, die gerne mehr Stunden arbeiten würden ebenso wenig mitgezählt wie Personen, die gerne arbeiten würden, aber wegen mangelnder Angebote nicht nach einer Stelle suchen. Nach Berechnungen der Notenbank liegt die Unterauslastung auf dem Arbeitsmarkt im Durchschnitt der Euro-Länder bei rund 15 Prozent. Die offizielle Arbeitslosenquote für den Euroraum lag hingegen zuletzt bei 9,5 Prozent. Hinzu kommt, dass es sich bei den in jüngster Zeit neu geschaffenen Arbeitsplätzen oft um befristete Jobs und andere Formen prekärer Beschäftigung handelt. Eine Entwicklung, die

nach Analyse der Wissenschaftler durch Arbeitsmarkt-Deregulierungen in vielen europäischen Ländern begünstigt wurde.

Dass die EU, die Notenbank und andere Institutionen inzwischen für ein stärkeres Lohnwachstum plädieren, halten die Wissenschaftler des WSI für richtig – auch wenn die Einsicht sehr spät kommt. Schließlich hätten dieselben Akteure in der Eurokrise auf den Abbau von Arbeitnehmerrechten und die Schwächung von Tarifsyste men in vielen europäischen Ländern gedrängt. Dadurch hätten sie die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften stark eingeschränkt und „ein äußerst restriktives Lohnregime“ durchgesetzt. Nur durch einen grundlegenden Politikwechsel mit einer Stärkung der Tarifvertragssysteme in Europa lasse sich dies rückgängig machen.

Malte Lübker, Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2016/2017, in: WSI-Mitteilungen 6/2017. Download:

<https://media.boeckler.de/Sites/A/Online-Archiv/21771>

Ansprechpartner in der Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Thorsten Schulten

WSI, Experte für Europäische Tarifpolitik

Tel.: 0211 / 77 78-239

E-Mail: Thorsten-Schulten@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211 / 77 78-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

**Tabelle 1: Reallohnentwicklung in der Europäischen Union,
2014-2017***

| | Wachstum der Reallöhne, in % | | | |
|-------------------|------------------------------|------|------|------|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 |
| Nordeuropa | | | | |
| Dänemark | 1,1 | 1,3 | 1,5 | 0,9 |
| Finnland | -0,2 | 1,7 | 0,6 | -1,7 |
| Schweden | 2,0 | 2,7 | 1,4 | 1,1 |
| Westeuropa | | | | |
| Belgien | 0,5 | -0,6 | -1,6 | -0,3 |
| Deutschland | 2,0 | 2,3 | 1,9 | 0,8 |
| Frankreich | 0,6 | 1,0 | 1,0 | 0,1 |
| Großbritannien | -0,8 | 1,1 | 2,1 | -0,2 |
| Irland | 1,5 | 2,9 | 3,2 | 2,3 |
| Luxemburg | 1,4 | 1,6 | 0,4 | 0,6 |
| Niederlande | 1,3 | 0,1 | 1,2 | 1,2 |
| Österreich | 0,4 | 1,0 | 0,3 | 0,1 |
| Südeuropa | | | | |
| Griechenland | -0,7 | -1,8 | 0,8 | 0,3 |
| Italien | -0,2 | 0,1 | 0,3 | -0,7 |
| Malta | 0,7 | 2,1 | 1,5 | 1,4 |
| Portugal | -1,6 | -0,8 | 0,8 | 0,1 |
| Spanien | 0,2 | 1,1 | 0,4 | -1,0 |
| Zypern | -3,6 | 0,5 | 0,6 | -0,5 |
| Osteuropa | | | | |
| Bulgarien | 7,3 | 6,8 | 4,5 | 3,6 |
| Estland | 3,8 | 5,6 | 4,8 | 2,1 |
| Kroatien | -5,6 | -0,1 | 1,9 | 0,9 |
| Lettland | 7,8 | 6,7 | 6,8 | 3,7 |
| Litauen | 4,5 | 6,1 | 4,3 | 2,2 |
| Polen | 2,1 | 1,8 | 3,8 | 2,4 |
| Rumänien | 5,3 | 1,3 | 11,5 | 8,3 |
| Slowakei | 1,9 | 3,5 | 2,2 | 2,5 |
| Slowenien | 0,9 | 2,2 | 2,4 | 1,2 |
| Tschechien | 2,2 | 2,4 | 3,2 | 2,0 |
| Ungarn | 1,3 | 1,4 | 4,8 | 4,0 |
| EU 28 | 0,6 | 1,2 | 1,5 | 0,4 |

Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

Angaben für 2017: Prognose der Europäischen Kommission

Quelle: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission
(Version: 11. Mai 2017), Berechnungen des WSI.

